

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Tag mittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 230.— Mtl. Einzelverkaufspr. 20.— Mtl. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achte gespaltene Pettzeile oder deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark für Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Mtl., für Reklamen 183.— Mtl. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 291.

Mittwoch, 13. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

## Die Wohnungsfrage.

SPD. Das Reichskabinett hat vor wenigen Tagen ein neues Wohnabgabengesetz verabschiedet. Die bürgerliche Presse nimmt diese Verabschiedung zum Anlaß eines Sturmlaufs gegen die ganze Wohnungswirtschaft. Wir werden deshalb in mehreren Artikeln zu dem Problem von unserem Standpunkt aus Stellung nehmen. D. Red.

Von allen am Weltkrieg beteiligten Staaten ist keiner so von der Wohnungsnot bedrückt wie Deutschland. Selbst in Frankreich, so weite Gebiete zerstört wurden, steht nicht das ganze Volk so unter dem Druck der Wohnungsnot wie in Deutschland. In keinem anderen Lande waren vor dem Krieg die Wohnungen so dicht bevölkert wie bei uns. Unser Wohnungsbau hat nicht mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten. Der Mietstufenbau hat eine Raumausnutzung gebracht, bei der es nur schwer möglich ist, in Zeiten der Not die Leute noch etwas dichter zusammenzudrängen als vorher. Die militärische Dienstpflicht, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und Angehörigen verhängten weite Kreise am frühzeitigen Heiraten, und als nach dem Krieg die Schranken fielen, setzte eine wahre Heiratsmanie ein, so daß wir jetzt eine viel größere Zahl von Haushaltungen haben, als vor dem Kriege. Während des Krieges wurden fast gar keine Wohnungen gebaut, und seit dem Kriegsende konnten wir nicht einmal so viel Wohnungen bauen als der normale Bevölkerungszuwachs verlangte. Die Wohnungsnot ist deshalb nicht gelindert worden, sondern hat sich trotz Wohnungsrationierung immer mehr verschärft. Der Geldmangel und der Beschaffungsmangel haben den Wohnungsbau in gleicher Weise gehindert. Baukosten und Bauwerkstoffe hatten sich auch schon vor dem Kriege; sie sind eine typische Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Waren früher irgendwo zu viel Wohnungen, so sanken vielleicht die Mietpreise, vor allem aber stiegen die Ansprüche der Mieter in bezug auf Instandhaltung und Ausstattung der Wohnung. Dann stellten die Unternehmer das Bauen solange ein, bis es sich wieder rentierte. Nahm eine Stadt einen starken Aufschwung, so stiegen die Bodenpreise und die Mieten. Die Mieten stiegen aber nicht nur für die neuen Wohnungen, sondern auch für alle schon bestehenden Wohnungen. Die Hausbesitzer machten dann einen sogenannten Spekulationsgewinn. Die in allen kapitalistischen Ländern erhärtete und vielfach erwiesene Tatsache, daß vom Privatkapital neue Wohnungen nur dann hergestellt werden, wenn für die schon bestehenden Häuser die Mieten so hoch sind, daß auch die Neubauten sich rentieren, müssen wir in den bevorstehenden Kämpfen um die Lösung der Wohnungsfrage immer vor Augen haben. Das hat sich auch nach dem Kriege gezeigt. In allen Ländern waren die Baukosten gestiegen, und überall mußten die Staaten mit großen Geldmitteln eingreifen, um den Wohnungsbau zu fördern. Auch in Deutschland stellte die provisorische Regierung gleich nach Kriegsende 500 Millionen für die Erstellung neuer Wohnungen zur Verfügung, weil bei dem Stand der Mieten das Bauen für private Unternehmer unrentabel war und auch die Baugenossenschaften nicht in der Lage waren, die Geldmittel aufzubringen. Damals hoffte man noch, daß sich der Geldwert bald heben und sich alles von selbst wieder regeln würde.

Es wurden Gesetze zum Schutze der Mieter erlassen. Die Mieten durften nicht ohne Zustimmung der Miete-Einigungsämter erhöht werden. Das Verfügungsrecht über die Wohnungen wurde den Eigentümern in weitem Maße entzogen. Erst gegen Ende des Jahres 1921 setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Wohnungsnot keine rasch vorübergehende Erscheinung sei. Dann

erst ging man daran, die Wohnungsgesetzgebung auf die neue Zeit einzustellen. In allen Kreisen, deren Blick nicht durch Hausbesitzerinteressen getrübt ist, hat man eingesehen, daß der Wohnungsmarkt nicht freigegeben werden kann. Wenn weltwirtschaftliche Gründe in letzter Linie bestimmend waren für die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Lebensmittel und andere Gebrauchsgegenstände, so mußten volks- und weltwirtschaftliche Gründe die verantwortlichen Stellen bestimmen, für die Wohnungen an der Zwangswirtschaft, oder besser gesagt, an der Gemeinwirtschaft, festzuhalten.

Nahrung und Kleidung müssen immer neu geschaffen werden. Es kommt für ihre Beschaffung nur der jeweilige Geldwert in Frage, weil die darauf verwendete Arbeit und die Rohstoffe auch mit dem jeweiligen Geldwert bezahlt werden müssen.

Die meisten Wohnungen stammen aber aus der Vorkriegszeit. Sie sind mit anderem Gelde bezahlt, mit Summen, die rein zahlenmäßig gegenüber den heute erforderlichen Summen lächerlich gering erscheinen. Ausgehend von den Friedensbaukosten hat nun das Reichsmietengesetz bestimmt, daß die Hausbesitzer vom Mieter nicht mehr verlangen dürfen, als was zur Bezahlung des Friedenskapitals notwendig ist; des weiteren die Mittel zur Instandhaltung des Hauses und den Aufwand für Steuern, Versicherungen, eigene Arbeitsleistung usw. Durch ein Gesetz vom Juli 1921 wurde dann noch die Wohnabgabe eingeführt; d. h. jeder Benutzer — ob Eigentümer oder Mieter — hat eine dem Wert seiner Wohnung entsprechende Abgabe zu bezahlen, die von Staat und Gemeinde für die Erbauung neuer Wohnungen verwendet wird. Das Reichsmietengesetz und das Gesetz über die Wohnabgabe wollen den sozialen Gedanken verwirklichen, daß die bestehenden Wohnungen dem Hausbesitzer nicht zu dem Zweck überlassen werden, um seinen Mietern eine dem gelunkenen Geldwert entsprechende Miete abzunehmen und sich auf diesem Wege eine hohe Rente und einen hohen Verkaufswert seines Hauses zu verschaffen, während er seine Hypothekengläubiger mit Papierwert abfindet. Der Hausbesitzer soll der Vermieter des Hauses sein und das erhalten, was er gerechterweise für seine Aufwendungen und Arbeit beanspruchen kann. Diejenigen Inhaber von Wohnungen, die in Häusern aus der Vorkriegszeit leben, sollen aber durch eine dem Geldwert entsprechende Wohnabgabe dazu beitragen, daß all untern wohnungslosen Volksgenossen auch eine Wohnung beschafft werden kann. Die bisherige Wohnabgabe reicht nicht mehr aus.

Die Regierung hat kürzlich eine Vorlage des Reichsarbeitsministers zugeht, in welcher eine Wohnabgabe im 15fachen Betrag der Friedensmiete verlangt wird. Dieser Satz ist, gemessen an den heutigen Baukosten, noch zu niedrig. Er müßte etwa doppelt so hoch sein. Der Kreis von Personen, die mit den Grund- und Hausbesitzern ein Interesse daran haben, daß die Gemeinwirtschaft für die Wohnungen besetzt wird, legt gegenwärtig alle Hebel gegen die Wohnabgabe in Bewegung. Sie wissen, daß, wenn die Wohnabgabe fällt, dann hold die von ihnen schärflich gewünschte Freiheit auf dem Wohnungsmarkt kommen wird. Dann käme für sie eine Zeit der richtigen Mietstarationen und der noch größerer Spekulationsgewinne. Die Mieter, die jetzt in kurzfristiger Weise die Hausagrarier in ihrem Kampfe gegen die Wohnabgabe unterstützen, würden in kurzer Zeit viel mehr bezahlen, als die höchste Wohnabgabe je ausmacht. Nur würde das Geld in die Taschen der Hausbesitzer fließen, statt für Neubauten Verwendung zu finden. Die Hausagrarier geben sehr selten zu Werke, und es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiter, Angehörigen und Beamten über diese Bestrebungen und über das, was notwendig ist, eingehend aufgeklärt werden.

## Russischer Protest in Lausanne.

Lausanne, 12. Dezember.

Heute vormittag nahmen auf Grund telephonischer Einladung die russischen Sachverständigen zum ersten Male an der Sitzung der alliierten Sachverständigen teil. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, der damit endete, daß

die russischen Sachverständigen unter Protest die Versammlung verließen.

Der Herzog ist folgender: Die alliierten Sachverständigen gaben den russischen und anderen Sachverständigen den Inhalt eines Dokuments bekannt, das den Titel führt: „Die Freiheit der Meerengen“, wobei sie gleichzeitig erklärten, daß es sich nicht um eine Beratung der Meerengenfrage selbst handeln könnte, sondern nur darum, Auskünfte über gewisse Punkte des Projekts zu erhalten. Die russischen Sachverständigen erklärten, daß sie keinerlei Auskünfte über ein Dokument geben könnten, das bisher der russischen Delegation nicht offiziell bekannt geworden sei. Die Alliierten wiesen darauf hin, daß der Text, von unwesentlichen Änderungen abgesehen, sich mit dem Projekt der Alliierten vom 7. Dezember decke. Die Russen machten nunmehr darauf aufmerksam, daß ihnen nur ein Projekt über die Freiheit der Meerengen, nicht auch ein Projekt über die Entmilitarisierung der Zone vorliege, worauf die alliierten Sachverständigen erwiderten, dieses Projekt ginge nur die Türken und die Alliierten an. Nachdem die russischen Sachverständigen nun dem Projekt über die Freiheit der Meerengen Kenntnis genommen hatten, gaben sie eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Die russischen Sachverständigen sind der Ansicht, daß ihre Teilnahme an der Konferenz gegenstandslos ist, 1. weil sie keine Zustimmung über die Freiheit der Meerengen erteilen können, 2. weil das neue Projekt Änderungen enthält, die der russischen Delegation noch nicht mitgeteilt worden sind, 3. weil die russischen Sachverständigen formelle Instruktionen hätten, die Frage der Freiheit der Meerengen keinesfalls mit der Frage der Entmilitarisierung der Zone zu bearbeiten.

Hierauf verließen die russischen Delegierten die Sitzung und ermittelten der russischen Delegation Bericht. Die russische Delegation richtete darauf eine schriftliche Erklärung an den Präzidenten der Konferenz, um gegen die eingeleiteten Änderungen zu protestieren, die den Bedingungen, unter denen Rußland eingeladen sei, widersprechen, wie auch den Verpflichtungen des Kon-

ferenz. Gleichzeitig richtete die russische Delegation an die Presse eine Mitteilung, die über die Zwischenfälle in der heutigen Vormittagsitzung Aufklärung gibt.

## Freigabe deutscher Depots in Amerika.

Washington, 11. Dezember.

Die Regierung hat beschlossen, auf die Erledigung des Gelegenheitsurfes durch den Kongreß noch in der laufenden Tagung zu dringen, durch den die Ermächtigung erteilt wird, 30 000 Depots im Betrage von 1000 bis 50 000 Dollar freizugeben, die der Verwalter beschlagnahmten fremden Eigentums in Verwahrung hat. Nach amtlichen Schätzungen betragen die kleinen Depots 93 Prozent der Gesamtheit. Der Depotverwalter ist der Meinung, daß durch die Zurückhaltung von 7 Prozent der Gesamtheit die berechtigten amerikanischen Gegenforderungen an Deutschland reichlich gedeckt werden und daß die amerikanische Regierung durch die Freigabe der kleinen Summen die wirtschaftliche Erholung Deutschlands unterstützen könnte. Von den 500 Millionen Dollar amerikanischer Forderungen entfallen 100 Millionen auf Schadenersatzansprüche wegen der Versenkung der Lusitania. Einige amtliche Personen sind der Meinung, daß diese Ansprüche durch Nachprüfung wesentlich herabgesetzt werden könnten.

Der Senat genehmigte die Vorlage, durch die die Frist für die Einreichung von Anträgen auf Rückerstattung fremden Eigentums bis zum 21. Dezember verlängert wird.

## Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

SPD. Die erst vor kurzer Zeit eingetretene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist durch die fortschreitende Geldentwertung bereits wieder weit überholt. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich deshalb an das Reichsarbeitsministerium gewandt und um Ausarbeitung einer neuen Vorlage gebeten. Diese Vorlage soll in kürzester Zeit veröffentlicht und bald in Kraft gesetzt werden. Geplant sind wesentlich höhere Sätze als sie in der noch rechtskräftigen Vorlage enthalten sind.

## Nach London.

Lloyd George — Bonar Law.

Dr. L. Lübeck, 13. Dezember.

Die „Nier“ sind auseinandergelaufen — nach allen Windrichtungen.

Mit solch einem plötzlichen und dramatischen Abschluß hatten selbst die größten Pessimisten nicht gerechnet. Die internationale politische Lage ist heute verworrener und unsicherer als je. Für Deutschland, Frankreich, England, für die ganze Welt ist diese Erkenntnis im höchsten Grade niederdrückend.

Nur einer wird sich darüber freuen, wird darob vollste Genugtuung empfinden: Lloyd George.

Seit Jahren wurde ihm immer wieder vorgeworfen, daß seine unberechenbaren Entschlüsse, seine ungerade Politik das französisch-englische Einvernehmen fortwährend trübten und störten. Seine Verteidigung aber, es sei das alles die Folge französischer Unbelehrbarkeit und französischen Eigeninns, glaubten ihm große Teile des englischen Volkes nicht. Und die konservative Partei besiegte im Wahlkampf die liberale mit der Parole: Auf gerader und stetiger Linie Zusammenarbeit mit Frankreich.

Bonar Law ist der Erbe dieser Parole und gleichzeitig der Erbe Lloyd Georges. Mit Zurückhaltung und Geschick suchte er Einigung und Verständigung mit Poincaré. Erfolg? Kraach!

Uniomehr ist das eine nachträgliche Rechtfertigung für Lloyd George, als Bonar Law den Franzosen mehr bot als Lloyd George es jemals wagen dürfte. Er versprach den Franzosen die Streichung aller alliierten Schulden an England; er erklärte, daß England seine Schulden an Amerika bis auf den letzten Schilling bezahlen und gleichzeitig seinen Einfluß geltend machen wolle, damit dieses eine Streichung der übrigen alliierten Schulden in Erwägung ziehe. Gewiß ein großzügiges Angebot; England ist im Interesse des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft zu ungeheuren Opfern bereit. Trotz alledem keine Spur mehr Erfolg als auch Lloyd George ihn aufzuweisen hatte; Frankreich ist und bleibt absolut unanachgiebig.

Als über die englische und französische Auffassung und dann über die deutschen Vorschläge eine Einigung absolut nicht zu finden war, riß Poincaré auch diesmal mit einem wilden Faustschlag den Faden der Verhandlung an sich. Frankreich müsse endlich ein greifbares Resultat in der Reparationsfrage sehen, so meinte er drohend. Und er kündigte eine Besetzung des Ruhrgebiets zum 15. Dezember an. Gelassen erwiderte Bonar Law, daß von einer Teilnahme englischer Truppen an solcher Demonstration nie die Rede sein könne.

Schriller Mißklang war das alles im Verhandlungszimmer. Der mächtigen Herren Weisheit war zu Ende. Man lief auseinander.

Aber weder Poincaré noch Bonar Law gönnten Lloyd Georges solch nachträglichen Triumph; und außerdem sah man die höhnischen Züge der türkischen Unterhändler in Lausanne angefaßt der französisch-englischen Einheitsfront. Deshalb lüfte man ein wenig; man gab eine gemeinsame Erklärung über die unzureichenden deutschen Vorschläge ab; und man vertagte sich auf 2. Januar. Offenkundiger Ausredenfleißer. Vielleicht auch die wehmütige Hoffnung auf die Wirkung des Pariser Silvesterpunsch!

Wie ist die Lage nun für Deutschland? Verzweifelt. So scheint es auf den ersten Blick. Es ist aber nicht so! Denn zum ersten Male hat England fest und entschlossen gezeigt, daß es die französischen Gewaltpläne unter keinen Umständen mitmachen will. Zum ersten Male arbeitet die englische Regierung nicht mehr nach dem berühmten Rezept Lloyd Georges: Zeit gewonnen, alles gewonnen; sondern sie erstrebt eine endliche und definitive Lösung. Und sie verhandelt deswegen mit den Vertretern Deutschlands weiter!

Englands guter Wille ist über jeden Zweifel erhaben. Bonar Law nutzt die Erbschaft Lloyd Georges besser aus, als dieser selbst es je hätte tun können. Dabei werden ihm wahrscheinlich seine konservativen Parteifreunde und selbst die Nationalliberalen Schwierigkeiten machen, nur die Arbeiterpartei und die Asquithliberalen werden ihm willig Gefolgschaft leisten. Trotzdem wird Bonar Law diese Lösung erkämpfen; weil eine Lösung gefunden werden muß, und weil es nur diese eine Lösung gibt.

Wieder einmal beweist sich die alte Wahrheit, daß die internationale Krise nicht von Gefühlen, sondern von Notwendigkeiten diktiert wird.

Wir wiederholen: Die Lage ist längst nicht so hoffnungslos, wie es zunächst den Anschein haben könnte. Jetzt haben die Vereinigten Staaten das Wort; aber auch Deutschland muß jetzt handeln, muß die drei Wochen ausnützen, um England für sein Spiel gegen Frankreich allerlei Trümpfe in die Hand zu geben. Sei es durch Vorschläge, sei es durch Manahmen auf seinem Finanzmarkt.

Schwimmt die deutsche Regierung aber auch weiterhin auf dem breiten Strom der schnellfließenden Ereignisse, tatenlos alles abwartend, ohne das letzte zu versuchen vor dem Strudel des Abgrundes doch noch das Ufer zu erreichen, dann wird die Lage in der Tat in den nächsten Wochen kritisch. Der Dollar wird das beweisen!

Dollar 8200.

In einem kurzen Ueberblick über die Lage gibt unser Berliner Parlamentsdienst den folgenden Stimmungsbild:

Deutschland gleicht augenblicklich einem Schauspieler, der in einem Drama den entscheidenden Monolog spricht. Aller Blicke vor und hinter den Kulissen sind auf diesen Schauspieler gerichtet. Aber Deutschland hat weder einen Textbuch, noch eine Souffleuse, die ihm aushelfen könnten. Es muß Worte und Gesten selbst finden. Es wird also eine außerordentlich lebendige Kraftentfaltung entwickeln müssen. Weder Italien noch England sind von vornherein böswillige Partner, das Gleiche sollte man zurzeit von den Kleinen Entente annehmen. Man wird ihnen die richtigen Stichworte geben müssen. Und mehr noch als von allen anderen hängt es davon ab, ob das Kabinett Cuno die Kraft finden wird, den Intriganten im eigenen Lande Mund und Hände zu knebeln. Denn das ist nötig. Es ist geradezu lächerlich, daß das deutsche Volk das auswärts viel mehr Kredit hat, als es einige Grüppchen in unserem Lande wahr haben möchten, sich von einem kleinen Klotz Großindustrieller beherrschen und ins Unglück führen lassen soll. Hier muß mit der tatkräftigen Arbeit eingeleitet werden, oder es hat überhaupt keinen Zweck, einen Finger zu rühren, und man mag Poincaré die Bühne für seinen letzten großen Machtwort-Monolog überlassen, den er seit Jahren vorbereitet hat.

## Keine isolierte Sanktion Frankreichs vor Mitte Januar.

Eine Zusage Poincarés an Bonar Law.

U. Paris, 12. Dezember.

Alle Pariser Zeitungen sind darin einig, daß die Beratung der Reparationsfrage bis zum 2. Januar erfolgt ist, um eine offene Spaltung der Entente zu verhindern. Es wird für unbedingt sicher gehalten, daß die Anschauungen der englischen Minister über die von Frankreich gewünschte Besetzung des Ruhrgebietes sich bis zum 2. Januar nicht ändern werde, und es geht aus allen Berichten hervor, daß auch Belgien und Italien in dieser Frage nicht auf der Seite Frankreichs stehen. Nach der Darstellung von Poincaré im „Echo de Paris“ hat Poincaré an Bonar Law die Zusage machen müssen, daß Frankreich vor dem 15. Januar 1923, dem nächsten Zahlungstermin, keine isolierte Sanktion im Ruhrgebiet unternehmen würde.

## Der Reichswirtschaftsrat siedelt um.

Eine Rede des Kanzlers.

FRD. Am Dienstag mittag siedelte der Reichswirtschaftsrat, das deutsche Wirtschaftsparlament, in feierlicher Sitzung, der der Reichspräsident, der Reichskanzler, die Mehrzahl der Reichs- und preussischen Minister sowie Vertreter der Parlamente und der deutschen Länder beizuhören, in sein neues eigenes Heim über. Hier war der Reichswirtschaftsrat im ehemaligen preussischen Herrenhaus und Kriegsmuseum zu Gast und nobilitiert untergebracht. Durch die Reichsbauverwaltung wurde das ehemalige Wilhelms-Gymnasium in unmittelbarer Nähe des Potsdamer Platzes zweckentsprechend umgebaut. Das eigene Gebäude, in dem der Reichswirtschaftsrat damit hodenständig geworden ist, steht in seiner modernen, farbenfrohen Ausgestaltung, die allen Räumen etwas Anheimelndes, Wohnliches verleiht, vortrefflich ab von dem Stille unserer bisherigen Staatsbauten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der von der Reichsregierung im Sommer 1920 einberufen wurde, besteht zurzeit aus 226 Mitgliedern, und zwar zu je einem Drittel aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und als weiteres Drittel aus Vertretern der Reichskanzler und Beamten, sowie der von Reichsrat und Reichsregierung ernannten Mitglieder. Diese drei Abteilungen bilden innerhalb des Reichswirtschaftsrats wieder zehn Gruppen, nämlich Landwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei, Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk, Verbraucherverbände, Beamtenschaft und schließlich die ernannten Mitglieder.

Die Aufgabe des Reichswirtschaftsrats besteht darin, Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung, die ihm die Reichsregierung vor der Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen hat, zu begutachten. Soweit er es für nötig erachtet, kann er auch von sich aus den Entwurf von Reichsgesetzen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet vorbereiten. Seine Hauptarbeit leistet der Reichswirtschaftsrat in seinen Ausschüssen, vor allem im Wirtschaftspolitischen, Sozial- und Finanzpolitischen Ausschuss. Im Geschäftsjahr vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 hat er insgesamt 17 Beschlüsse und über 700 Ausdrucksungen abgegeben.

Der Reichskanzler nahm die Uebernahme des Reichswirtschaftsrates in das neue Heim zum Anlaß einer Rede, zu deren Beginn er auf Entfaltung und Aufgabe dieses Parlamentes hinwies. Cuno besprach dann auch kurz die Vorgänge während der letzten Tage und äußerte u. a.: „Der Reichswirtschaftsrat hat nach der Verfassung nicht entscheidend aufzutreten, sondern begutachtend, anregend. So soll auch das Verhältnis der wirtschaftlichen Kreise zur Regierung sein, daß die Regierung hört und daß die Wirtschaft die Regierung unterstützt (Beifall). Es gibt keinen Machtwort, es gibt kein Kräftezentrum der Wirtschaft, die fast genug wären, der Regierung die Führung in irgend einer Beziehung aus der Hand zu nehmen. Aber wir können die Unterstützung und Mitarbeit dieser Wirtschaftskreise nicht entbehren, und wir wollen es auch nicht. Ich möchte die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Regierung ganz besonders Ausdruck finden sehen in der Lösung der Reparationsfrage. Ich spreche nicht über die kühnsten Verhandlungen, die in London begonnen worden sind und in Paris fortgesetzt werden sollen. Aber einen Grundgedanken möchte ich herausstellen aus dem, was geschehen ist und was werden soll. Die Regierung ist der Ansicht, daß nur eine feste Politik positiver Mitarbeit an der Lösung der überaus schwierigen Fragen aus dem Heile gerettet kann. Die Regierung ist der Meinung, daß es falsch wäre, das Schicksal des Volkes und des Landes in die Hände anderer zu legen, als der besonnenen und verantwortlichen Vertreter des deutschen Volkes. Das ist der Gedanke gewesen, weshalb die Regierung auch in den letzten Tagen nicht die Hände in den Schoß gelegt hat. Wir haben politisch Vorläufige gemacht, die allerdings eine endgültige Lösung nicht haben konnten, aber ihre Vorbereitungen waren. Diese Vorläufige waren aufgebaut auf dem Grundgedanken, daß es für die Lösung der Frage, für die Befreiung der besetzten Gebiete und des Reiches und die Befreiung des ganzen Volkes und besonders der Wirtschaft von dem Druck des ungeheuren Reparationsproblems, der Zusammenziehung der ganzen Röhre unseres Volkes Schritte nach innen und der Zusammenziehung des ganzen Vertrauens, das im Ausland noch für Deutschland besteht.“

Ich brauche es nicht mehr zu betonen, daß eine feste Politik positiver Mitarbeit an der Lösung der überaus schwierigen Fragen aus dem Heile gerettet kann.

Lösung nicht wenigstens die Beachtung gefunden hat, daß man angesichts dieses Vorschlages nicht den Weg zu gemeinsamen Verhandlungen fand, ohne die eine Lösung der Frage überhaupt nicht möglich ist. Was immer kommen mag: Es muß das Zusammenarbeiten aller unserer Kräfte und die Einheit nicht nur unserer Wirtschaft, sondern auch unserer Stämme und Länder gewahrt bleiben.“

## Reichstag.

280. Sitzung.

Berlin, 12. Dezember.

Die heutige Sitzung des Reichstages begann mit der Beantwortung einiger kleiner Anfragen. Aus einer der Regierungsantworten ist zu sehen, daß die französische Besetzung allein in Neustadt an derardt 280 000 Quadratmeter wertvolles Kulturgelände zur Errichtung von Kasernen und 160 000 Quadratmeter zur Anlage eines Exerzierplatzes beschlagnahmt hat.

Der 8. Nachtragsrat, der den Reichsfinanzminister ermächtigt zur Sicherung der Volksernährung weitere 300 Milliarden Mark zu verwenden, wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen. — Der Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung der Zahlungen auf Grund des Reichsausgleichsgesetzes wird dem Ausschuss überwiesen. — Die Geschäftsordnung für den Reichstag wird in zweiter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Nach einem kurzen Vortrag des Berichterstatters Abg. Stüdtgen wird dem Abchnitt Marine des Haushalts des Reichswehrministeriums zugestimmt. — Eine längere Aussprache entwickelte sich bei dem Haushalt des Reichsministeriums des Innern. Frau Abg. Behm (D.) begründete eine Entschließung, die sich gegen die Einrichtung von öffentlichen Häusern durch die Besatzungsbefehlshaber Frankreichs im besetzten Gebiet richtet. Diese Entschließung wird einstimmig angenommen. Der Kommunist Koenen hielt die übliche Rede gegen die angebliche Bespitzelung der Kommunisten aus Reichsmitteln und wandte sich vor allem gegen die Position im Haushalt „Reichsfinanzminister für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung“. Die Deutschnationalen schieden zwei Redner vor dem Abg. Semler und den Abg. Bruhn, die sich über die Organisierung deutschösterreichischer und deutschnationaler Organisationen beschwerten. Besonders regten sie sich auf über den Fonds von 75 Millionen Mark zum Schutz der Republik. Herr Bruhn leistete sich außerdem wüste antisemitische Ausfälle, indem er wahrheitswidrig die Dinge so darstellte, als seien nach der Revolution besonders viele Juden Minister gewesen, obwohl nur ganz vereinzelt Juden auf der Regierungsbank Platz genommen haben. Herr Bruhn wühlte, es hätte nur nur noch gefehlt, daß auch das Zentrum jüdische Minister präsentierte. Abg. Gothein (Dem.) antwortete dem Antisemiten in einer würdigen, aber durchschlagenden Weise. Er erinnerte daran, daß ein Mann wie Rathenau sich nicht um den Ministerposten gebührt habe, sondern nur schwer zu bewegen gewesen sei, Minister zu werden. Herr Bruhn hatte sich auch dagegen gewandt, daß der Vorherrscher des Staatsgerichtshofes einem deutschösterreichischen Angehörigen gelang sei, er möge doch nicht so lägen. Die Frage möge nicht als deutschösterreichisch sein, aber sie sei keine deutsche Frage. Abg. Hildebrand (Soz.), der Besitzer des Staatsgerichtshofes ist, erwiderte ihm, daß diese Bemerkung des Vorherrscher des Staatsgerichtshofes durchaus richtig gewesen sei, um so mehr, als daß die organisierten und geistigen Beziehungen der Hauptkandidaten in dem Rathenau- und Scheidemann-Prozess zu den deutschösterreichischen nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden können. Daß Herr Bruhn diese Behauptung Hildebrandts bestritt, ist selbstverständlich.

Bei der Abstimmung ereignete sich der bezeichnende Vorfall, daß die Deutsche Volkspartei gegen die Bewilligung der Mittel zum Schutz der Republik stimmte. Angenommen wurde u. a. eine Entschließung, die zwei Millionen zum Schutz der Markburg von der Reichsregierung fordert.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittags 3 Uhr.

## Gegen die Kartelle der Kartelle!

FRD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem unerträglichsten Mißbrauch, den die immer mächtiger werdenden Kartelle und Syndikate mit ihrer wirtschaftlichen Macht treiben. Genosse Krüger zeigte an der Hand zahlreicher Tatsachen, daß wir durch die Kartelle in eine immer unerträglicher werdende Zwangswirtschaft geraten seien. Eine brutale Preisdiktatur habe eingesetzt, die nur noch überdrossen werde durch die unerschütterlichen Preisbedingungen, die man dem Abnehmer vorsetze. Jeder Wettbewerb sei durch diesen Mißbrauch der Kartellmacht unterbunden. Wer sich nicht füge, werde wirtschaftlich niedergedrückt. Seitens des Reiches der Kartelle sei heute nicht mehr die Steuerung der Produktion, sondern die Steuerung des Profits. Die Kartelle seien dadurch zu einem Faktor zur Erhöhung der Produktion geworden. Betriebe, die sich im freien Wettbewerb durchsetzen wollten, würden mit Hilfe des Treuarbeiters höchstens ausprobiert. Das Oberlandesgericht in Dresden habe jetzt durch ein Urteil entschieden, daß diese Treuarbeit gegen die guten Sitten verstoße. Durch die bei vielen Kartellen vorgeschriebene Mindest- oder Zwangskalkulation, die sich meistens auf die Kosten der technisch und kaufmännisch am schlechtesten geleiteten Betriebe aufbaue, werde für alle angeschlossenen Betriebe eine unerhörte Ueberpreisfestsetzung herbeigeführt, die nichts anderes als Preiswucher sei. Ein unerhörter Mißbrauch der Kartellmacht sei auch der Ausschluß vieler Kaufleute von der direkten Besteuerung durch die Erzeuger. Demselben könnten nicht vom Erzeuger befreit werden, sondern nur vom Steueramt. Deshalb es Steuerbefreiung gebe, die weit höhere Umsätze hätten wie viele Großfirmen. Besonders schändlich sei der Boykott der Großhandelsbetriebe durch die Kartelle. Das ganze Volk werde ein Opfer der Preispolitik, und die Gesetzgebung habe bisher vollkommen versagt. Das gebe so nicht mehr weiter. Redner beantragte bei der Regierung die Schaffung eines Kartellgesetzes. — Der Minister Abg. Schäfer (Z.) ließ sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der deutschnationalen Kandidaten der Sozialdemokratie, Dr. Reichardt, wies die ganze Kartellmoral auf das Gebiet der Harmonischen Kartellbetriebe. Man solle es nur so haben wie es sei; die Kartelle die den Volkswirtschaft und werde auch Mißstände bekämpfen. — Der Ausschuss ließ sich in keiner Weise nicht davon abbringen, die Regierung gegen den Mißbrauch der Kartellmacht voranzutreiben. Mit großer Mehrheit stimmte man den Beschlüssen der Kartellen zu.

## Hohenzollernprozesse.

Am 19. November 1918 wurde die Beschlagnahme des Hohenzollernschen Kronvermögens aus dem preussischen Volksbesitzungsrecht ausgesprochen. Ende November folgte die Sicherungsbeschlagnahme des gesamten Vermögens der Haupt- und Nebenlinien. Die Auseinandersetzung über das Staatsvermögen und den Privatbesitz der Hohenzollern hat seitdem die verschiedensten Stadien durchlaufen. Sie scheint kein Ende finden zu wollen. Das liegt nicht nur an der Schwierigkeit der Materie, sondern auch daran, daß seit 1918 gerade die Hohenzollern es immer wieder darauf angelegt haben, ihr gesamtes Vermögen in der unverantwortlichsten Weise über die Ohren zu hauen.

Das allerübelste Kapitel in diesen Auseinandersetzungen sind aber die fortlaufenden durch die Jahre gehenden Streitigkeiten mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. Jetzt hat er wieder einmal als Prozeßpartei es fertig gebracht, vor dem Kammergericht in seiner Meinung gestützt zu werden. Gleich ist der „Lokal-Anzeiger“ vor Begeisterung aus dem Häuschen. Er vertritt dabei, daß es sich bei Beginn des Prozeßstreites um Hunderte von Millionen, jetzt vielleicht schon um Milliarden handele. Der preussische Staat kämpft also um Milliarden, wohlgerneht um deutsche Kriegerbesitzungen, die bisher in den Händen der Verwaltung des Prinzen Friedrich Leopold mehr oder weniger verblieben wurden und im besonderen steuerlich sich als merkwürdig unergiebig zeigten.

Der „Lokal-Anzeiger“ steht in der Niederlage des preussischen Finanzministers, der doch nur die Interessen des Landes vertritt einen Sieg über die Revolution. Seine Leser, so denken wir werden etwas anderer Meinung sein. Die Hohenzollern haben sich seit 1918 in jeder Hinsicht so benommen, daß sie sich auch in dem „Lokal-Anzeiger“ nahestehenden Kreisen jede Sympathie verschert haben. Von der Feigheit vor dem Feind bis zur Vermögensverschwendung, Steuerdrückerei und Sauftrunkenheit — man denke an die Vorgänge im Hotel Wlton — hat sich ja in den jüngstvergangenen vier Jahren gerade bei den Hohenzollern ein appetitliche Reihe von Gesinnungserscheinungen ergeben.

Der „erbitterte Rechts- und Gerechtigkeitssinn“, den der Prinz Friedrich Leopold führt, ist in Wirklichkeit ein nichts — als egoistischer Streik nach dem Grundgesetz, daß die Allgemeinheit vor der Heiligkeit prinzipiellen Eigentums zurückzukehren habe.

Auf die Sache wird zurückzukommen sein, sobald das schrittweise Urteil des Kammergerichts vorliegt, über das der „Lokal-Anzeiger“ vorzüglich hinwegtanzt. Heute soll nur gesagt werden, daß gerade die Affäre Friedrich Leopold von neuem die Notwendigkeit erweist, die gesamte Auseinandersetzung mit den Hohenzollern kurz und bündig vorzunehmen, ohne daß man sich erst an juristische Haarpaltereien einläßt. Wenn es schon bedauerlicher Weise nicht möglich ist, die Hohenzollern dazu zu zwingen, ihr Privateigentum zugunsten des allgemeinen Wohles zu verkaufen, so sollte ihnen doch endlich alles, was nach Entstehung und Entwicklung Staatseigentum ist, endgültig aus den Händen gerückt werden. Dann wären wir endlich auch so weit, daß die Hohenzollern einschließlich Friedrich Leopold beginnen könnten Steuern zu zahlen. Denn noch heute zahlen sie trotz aller gegenteiligen Behauptungen für den beschlagnahmten Besitz für die eigentliche Hauptmasse ihres Privatvermögens, keinen Pfennig Steuer.

## Beginn des Harden-Prozesses.

Wieder stehen zwei deutschösterreichische Mordbuben vor der Schranke des Gerichts. Diesmal nicht vor dem Staatsgerichtshof, sondern vor einem Berliner Schwurgericht, da das Opfer der Tat, der bekannte Schriftsteller Maximilian Harden niemals eine führende Rolle in der deutschen Republik übernahm, geschweige denn als Minister, gespielt hatte. Dennoch war auch er auszuweisen, als in diesem Sommer die Attentate deutschösterreichischer und monarchistischer Maul- und Worthelden Schlag auf Schlag folgten. Der Gedanke zur Tat war selbstverständlich in München entstanden, der „Ordnungszelle“, von dem aus die Mordebege und Mordvorbereitung geschäftsmäßig eingeleitet und aufgezogen wurde.

Im Falle Harden trat bereits im März d. J. an einen der deutschösterreichischen Führer Odenburgs, den Buchhändler Grenz, ein Brief aus München ein, der mit Schreibmaschine geschrieben war und als Unterschrift einen Fenslern trug. Gesucht wurden bei diesem als „treuer völkischer Kämpfer“, Mitglied des Schütz- und Truchbundes, des Stahlhelms, des Nationalverbundes deutscher Soldaten, der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und ähnlicher völkischer Putschorganisationen zwei junge talentvolle Männer. Das fiel Grenz nicht schwer; denn die Kreise, an deren Spitze er als tätiges Mitglied stand, bestanden ja überwiegend aus entwurzelten, mittellosen Nachkriegsexistenzten, die der Geld wegen ständig für „Beschäftigung in vaterländischem Sinne“ zu haben waren. In den beiden stellunglosen Geheimbündlern Weichardt und Unterkmann fand Grenz die „zwei bravesten deutschen Männer“, denen er die Ausführung der in München beschlossenen Tat anvertrauen zu können glaubte. Mit dem jüngeren der beiden „deutschblütigen Herren“, die die Tat ausführten, hat er sich nun wegen Mordversuchs und Anstiftung zu verantworten. Dem eigentlichen Täter, Unterkmann, der Harden selbst niederschlug, gelang es, ins Ausland zu flüchten. In dieser Beziehung weicht der jetzige Prozeß Erinnerungen an den Straßberger-Mord und den Rathenau-Mordprozeß, bei dem die Hauptattentäter auch nicht auf der Anklagebank saßen.

Nachdem Weichardt und Unterkmann von Grenz für die Morde tat angeworben waren, waren diese acht deutschösterreichischen Sünglinge zwischen 20 und 25 Jahren nur darauf bedacht, möglichst viel Geld aus den Geldgebern des Unternehmens herauszugelassen; nur deshalb wurde die Tat über die Monate März bis Juli hinausgezogen, denn die deutschösterreichischen Idealisten brauchten für ihre Lebensmittel eine Geldquelle, die nicht allzu rasch verpuffte. — Der erste Tag der Verhandlung befristete durch die Vernehmung der beiden Angeklagten im wesentlichen das Ergebnis der Voruntersuchung, die oben wiedergegebenen Tatsachen.

Die Entschädigungssätze, die den Schöffen, Geschworenen, Steuerabrechnungsmittgliedern usw. für entgangenen Arbeitsdienst bisher gewährt wurden, sind, da sie an die 100 000 Mark Einkommensgrenze im Einkommensteuergesetz angelehnt waren, infolge der steigenden Entwertung des Geldes unzureichend geworden. Die Folge war, daß zahlreiche Arbeiter und Angestellte ihre Vemter als Schöffen und Geschworene nicht mehr ausüben konnten, weil der Verdienstausfall unerträglich für sie war. Vom Sekretariat unieret Reichstagsfraktion ist der Reichsjustizminister nun erucht worden, diesem Uebelstande durch eine neue Verordnung, die den Verhältnissen entspricht, abzuhelfen. Der Reichsjustizminister erklärte sich einverstanden, insofern mit Wirkung ab 1. Januar eine Neuregelung zu erwarten ist, die den berechtigten Anforderungen genügen soll.

In der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1922/23, d. h. vom 1. April bis 30. September ds. Js., betrugen die Gesamteinnahmen des Deutschen Reiches aus allgemeiner Reichsverwaltung und den Betriebsverwaltungen der Reichspost, Reichsbahn und Reichsdruckerei Mk. 240 871 295 000; ihnen stehen Gesamtausgaben im Betrage von Mk. 422 534 332 000 gegenüber. Zur Ausführung des Friedensvertrages sind allein in diesen sechs Monaten Mk. 18 344 257 000 angewandt worden.

# „Täglich wachsender Haß“

Die Berichte des Korrespondenten des „Manchester Guardian“ über die Zustände im besetzten Gebiet werden im neuesten Heft der „Glocke“ fortgesetzt: „Erste Zwischenfälle ereignen sich viel häufiger als in den ersten Tagen der Besetzung. Man erfährt wenig davon, weil die Zensur der Zeitungen verbietet, darüber zu schreiben.“

Nächstehendes Ereignis liegt einige Zeit zurück: Zwei französische Kompagnien marschierten auf der Straße, die erste in beträchtlichem Abstand von der zweiten. Ein deutscher Zivilist, der die Straße eilig überqueren mußte, lief durch den Zwischenraum der beiden Truppen, womit er sich eines Verstoßes gegen die militärische Ordnung schuldig machte. Sofort stürzte sich der französische Offizier auf ihn, hieb ihm mit seinem Säbel so über den Kopf, daß er eine schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Hirnverletzung erlitt.

Es sind nicht so oft Ausschreitungen dieser Art, sondern die unzähligen kleinen Bedrückungen, die Kränkungen und Belästigungen, das unbillige und pedantische Herausstellen des militärischen Zeremoniells, die kleinlichen Schikanen, die demütigende Betonung des Unterschieds zwischen Siegern und Besiegten — die Folgen aller dieser Dinge, die im einzelnen belanglos sind, konnten unmöglich ausbleiben. Von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde häuft sich ein tiefer und bitterer Haß, ein Haß, der von der lebenden Generation nicht vergessen und vergeben werden wird.“

„Jeden Nachmittag um 5 Uhr müssen in Wiesbaden Handel und Wandel auf dem Marktplatz, mitten im Zentrum der Stadt, stille stehen, denn die französischen Truppen, weiße und farbige, ziehen zur Parade auf. Die Nordafrikaner marschieren hin und her mit geschultertem Gewehr und aufgestecktem Bajonett, nach eigener Nationalmusik, die sich anhört wie schottische Dudelsäcke, begleitet von jüdischen Harfen und Maultrommeln. Bis 6 Uhr bleibt die französische Flagge aufgezogen, dann ist die Parade zu Ende und dem Handelsverkehr wird gestattet, sich wieder in Gang zu bringen.“

„In Wiesbaden wie in Mainz bedrückt der Wohnungsmangel die Bevölkerung sehr. Sieben Schulen sind beschlagnahmt. Die Streitigkeiten zwischen den Quartiermeistern und den städtischen Behörden nehmen kein Ende. Wünscht die Stadtverwaltung ein Gebäude in ihrer Hand zu behalten, um eine Familie vor Obdachlosigkeit zu schützen, und bietet sie ein anderes gleichwertiges Gebäude an dessen Stelle an, immer geschieht es ohne Erfolg, denn die Militärbehörden sind unbarmherzig. Zuweilen müssen Privathäuser für die Besatzung innerhalb von 3—4 Tagen geräumt und hergerichtet werden. Nichterfüllung oder auch nur der Schein von passivem oder aktivem Widerstand führen sofort vor ein Kriegsgericht und ins Gefängnis.“

„Es ist nicht zweckmäßig, überhaupt farbige Truppen zu verwenden, selbst wenn die gegen sie erhobenen Ansprüche übertrieben wären. Ihre Lebensgewohnheiten sind nicht die der Europäer; sie können sich nicht verständlich machen, und so gibt es Reibereien, wo sie auch immer einquartiert werden. Die Deutschen fühlen sich schon allein durch ihre Anwesenheit erniedrigt. Deutsche Polizisten sind gezwungen, farbigen Offizieren Ehrenbezeugungen zu machen, und tun das nur mit größtem Widerwillen.“

„Es gibt Deutsche, die den Franzosen für ihre Politik im besetzten Gebiete sehr dankbar sind, weil sie dem Rheinland jegliche Möglichkeit genommen hat, eine ernsthafte separatistische Bewegung durchzuführen und zu einem Mittel zwischen Frankreich und Deutschland oder zu einem Walle gegen deutsche Angriffe zu werden; sie freuen sich darüber, daß die Franzosen selbst die vor dem Kriege und bis zum Herbst 1918 ganz leidenschaftslos Stimmung in ihr Gegenteil verkehrt haben.“

Die große Gelegenheit, die Rheinländer moralisch zu gewinnen, wurde verpaßt und kommt nicht wieder.“

## Wer zahlt die Steuern?

Je rascher die Geldentwertung vorwärtschreitet, um so kürzer wird der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer. Die hohen Einkünfte am Einkommensteuer bei den Finanzämtern in den letzten Monaten sind im wesentlichen nur von den Arbeitern und Beamten bezahlt worden. Diese Tatsache ist der bürgerlichen Presse unbekannt. Sie schweigt sie entweder tot oder streift sie ab. Das wurde ihr bisher durch

die Methode der Veröffentlichung der Einkünfte der Einkommensteuer wesentlich erleichtert. Diese Methode ist so irreführend, daß die „Frankfurter Zeitung“ unter Angabe von Zahlen zu der Schlussfolgerung kam, daß die noch vielfach gebrauchte agitatorische Behauptung, Einkommensteuer werde im wesentlichen nur von Arbeitern und Beamten bezahlt, mindestens eine starke Uebertreibung sei. Über die von der „Frankfurter Zeitung“ wiedergegebenen Zahlen sind irreführend und ihre Schlussfolgerung ist falsch. Auf das Drängen der sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses hat das Reichsfinanzministerium genauere Zahlen zur Verfügung gestellt, die auch die durch Uebertreibung gezähnte Lohnsteuer erkennen lassen. Die Zahlen sind in folgender Tabelle zusammengestellt:

1922	Aufkommen durch Steuerabzug	Aufkommen Grund der Veranlagung	Anteil des Steuerabzugs am Gesamtaufkommen
April-Juli	15 224 Mill. Mk.	10 820 Mill. Mk.	56,17 %
August	5 675 „	4 258 „	57,13 %
September	8 079 „	5 773 „	58,53 %
Oktober	15 757 „	6 127 „	71,97 %

In den Zahlen, die der „Frankfurter Zeitung“ zur Verfügung standen, war der Lohnabzug im Oktober mit 15 757 Millionen Mark nur mit 7367 Millionen, also noch nicht mit der Hälfte eingeleitet. Die jetzt vorliegenden Zahlen zeigen dagegen, daß der Haß, nach dem die Einkommensteuer im wesentlichen nur von Arbeitern und Beamten gezahlt werde, nicht eine agitatorische Behauptung, sondern eine der wichtigsten sozialen Tatsachen unserer Zeit ist.

Angeichts dieser Tatsache ist es allerdings verständlich, daß die bürgerliche Presse die skandalöse Behandlung der Novelle zum Einkommensteuergesetz im Steueraussschuß des Reichstages totschweigt. Trotzdem heute schon 71 Prozent der Einkommensteuer nach den amtlichen Zahlen durch die Lohn- und Gehaltsempfänger gezahlt werden, ist die Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen noch ermäßigt worden. Die darauf abzielenden Anträge der bürgerlichen Parteien wurden im Steueraussschuß des Reichstages, ohne Begründung durch die Antragsteller, ohne gründliche Beratung der komplizierten Änderungen im Tarif- und Abzugswesen en bloc gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie durchgeschleppt. Die bürgerlichen Parteien haben diese Beschlüsse bewußt gegen die stärkste Fraktion des Reichstages gefaßt. Die Erleichterung der Novelle zum Einkommensteuergesetz ist der erste bewußte Versuch der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie bei der Regelung der wichtigsten Fragen vollständig auszuschalten, um ungehindert die Interessen der Leistungsfähigen, die gar nicht opferbereit sind, über die Interessen der Allgemeinheit zu stellen.

## Die Brotverteurer an der Arbeit.

SD. der in dem Umlagegesetz vorgesehene Zwanziger-Ausschuß zur Begutachtung der Preise für das Umlagegetreide beriet am Montag unter dem Vorsitz des neuen Reichsernährungsministers Dr. Luther die Preisfestsetzung für das dritte Geschäft der Umlage. Die Annahme, daß die Regierung dem Ausschuss positive Vorschläge unterbreiten würde, erwies sich als irrig. Statt dessen verlangte der Abgeordnete Schiele (D.), unterstützt von dem Abgeordneten Cuno (DVP.) und den übrigen Vertretern der Landwirtschaft eine Preisfestsetzung gemäß den freien Marktpreisen. Er errechnete einen Preis von 301 690 Mark die Tonne, gegenüber einem Preis von bisher 28 300 Mark. Diese ungeheuerlichen Ansprüche veranlaßten den Vertreter des Städteverbandes, Professor Dr. Landsberg-Magdeburg zu der Bemerkung, daß dann ja die Abgabepreise und die Umlage jeden Sinn und Zweck verlieren müßte. Auf Befragen bestätigte der Vertreter der Reichsgetreidestelle die Richtigkeit dieser Annahme und fügte hinzu, daß die notwendige Folge der Festsetzung eines solchen Preises ein weiteres Steigen des freien Marktpreises für Getreide sein würde. Der Vertreter des DGB., Genosse Knoll sowie der Genosse Herz und der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Jellisch wies in eindringlichen Worten auf die Gefahr der Preissteigerung im gegenwärtigen Augenblick hin. Die Vorschläge der Agrarier seien ungeheuerlich und überträfen an Maßlosigkeit alles, was bisher von dieser Seite verlangt worden wäre. Eine Erfüllung der agrarischen Wünsche bedeute eine neue Erhöhung des Brotpreises um das 2½ bis dreifache. Sie gefährde den mit der Umlage verbundenen Zweck und stürze das Wirtschaftsleben und die großen Massen der Verbraucher in eine

Unruhe, die von den größten Gefahren begleitet sein müssen. In einer Erwiderung erklärte Reichsminister Dr. Luther, daß er und das Kabinett großen Wert auf einen einmütigen Beschluß lege, der sowohl den Interessen der Verbraucher als auch denen der Erzeuger Rechnung trage.

Der Abgeordnete Dr. Schiele legte sodann einen Antrag vor, der feinerlei Zahlen über die Preise vorkam. Es heißt in ihm jedoch, 1. daß die Preise auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Produktionsindex festgesetzt sein sollen, 2. daß der Ernteausschlag zu berücksichtigen ist und 3. der angebotene Mindestpreis für das Umlagegetreide aus dem ersten Drittel erzielt werden muß.

Der erste Teil wurde mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen, der zweite Teil mit Stimmengleichheit abgelehnt und der dritte Teil mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

Um zu verhindern, daß der mit Absicht unbestimmt gehaltene Antrag der Agrarier glatt zur Annahme gelangte und um für einen weniger weitgehenden Antrag die Stimmen der Reichsratsvertreter zu gewinnen, stellte der Verbrauchervertreter Böttlein-Hamburg den Antrag, den Preis entsprechend dem durchschnittlichen Marktpreis in den letzten drei Monaten abzüglich 25 % auf 102 605 Mark festzusetzen. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit, sondern wurde mit 8 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten außer Böttlein die Vertreter des DGB., Genosse Knoll, der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Jellisch, Professor Landsberg und die Vertreter von Hamburg und Mecklenburg.

Prüft man den Antrag der Agrarier auf seine materielle Wirkung, so verlangt er einen Preis von mindestens 200 000 Mark die Tonne. Das entspricht einer Erhöhung von etwa dem Siebenfachen des bisherigen Getreidepreises. Für diesen Beschluß haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien, die landwirtschaftlichen Interessenten und die Vertreter von Preußen und Bayern gestimmt. Entspricht die Reichsregierung diesem Beschluß, so kann eine weitere und starke Erhöhung des Brotpreises in aller kürzester Zeit nicht vermieden werden. Die Entscheidung ob das eintritt oder nicht, liegt bei der Regierung, die an den Beschluß des Ausschusses nicht gebunden ist. Herr Dr. Luther und mit ihm die Reichsregierung werden nun zu zeigen haben, ob es ihnen mit der Sicherung der Ernährung und dem Schutze der großen Massen der Verbraucher ernst ist. Vor 14 Tagen hat die gesamte bürgerliche Presse der Regierung Cuno die baldigste Besserung der Ernährung und der Preisverhältnisse in Aussicht gestellt. Entspricht die Regierung dem Beschluß des Ausschusses, so wird das Gegenteil geschehen.

## Eine feine Rechnung.

Der preussische Etat für 1923 wird, wie verlautet, eine Forderung in Höhe von 300 Millionen Mark als Zuschuß zu den Kosten des beschlagnahmten Hohenzollernschen Eigentums enthalten, insbesondere zu den Kosten der Unterhaltung der Schlösser und Parks. In Wahrheit wird man mit dieser Summe nicht entfernt auskommen, der erforderliche Zuschuß wird in die Milliarden jetzigen Geldes gehen. Danach kann man sich ungefähr vorstellen, was für ein Geschäft der preussische Staat machen würde, wenn er in einen Vergleich willigte, der den Hohenzollern alles werbende Eigentum überließe, insbesondere die großen Landgüter, Forsten und städtischen Häuser, dem Staate hingegen allen freilebenden Besitz aufhalte.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 18. Dezember.  
 Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.  
 12. Dezember, 11. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	3671,55	3391,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	546,13	546,13
Kristiania	1 Kr.	1586,02	1610,96
Kopenhagen	1 Kr.	1745,62	1748,11
Stockholm	1 Kr.	2269,31	2269,31
Helsingfors	1 finn. Mk.	208,47	212,96
Rom	1 Lire	421,44	426,43
London	1 £	38802,75	38902,50
New York	1 Doll.	8418,90	8440,82
Paris	1 Frs.	596,—	594,51
Zürich	1 Frs.	1583,53	1605,97
Madrid	1 Pesetas	1296,72	1311,71
Wien	100 Kr.	11,72	11,67
Prag	1 Kr.	261,34	265,31
Budapest	100 Kr.	3,59	3,41

## Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

38. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Scheu hatte Tine ihn beobachtet. Sie hatte eine Verlegenheit in ihm wahrgenommen, die sie sonst nicht kannte. Auf der Tischdecke war ein Tintenflut. An wen hatte er geschrieben? Das war doch sonst nicht seine Art, Briefe zu schreiben, die er verschloß. An wen war der Brief gerichtet? Wenn sie dies doch in Erfahrung bringen konnte. Vielleicht war der Brief an die Mutter geschrieben, vielleicht befragte er sich über seine Frau und fragte Andoritz um Rat. Oder sollte er an eine andere gerichtet sein? In Frauke Steffens? — Ja, Frauke hatte er gern; er hatte es ihr einmal selbst gestanden, daß sie seine Frau geworden wäre, wenn er nicht Tine geheiratet hätte. Ob die beiden sich liebten? Ob sie sich Briefe schrieben? Ach, wenn sie doch bloß den Schlüssel hätte!

Die Binnendeern bedeckte den Tisch und brachte die gebratenen Äpfel und Kartoffeln. Man setzte sich mit dem Gefinde zu Tisch und aß.

Sie waren noch nicht mit dem Abendbrot fertig, da kam der Nachbar vom Hüthof und wollte Jan abholen in den Krug.

„Da sind ein paar Pferdehändler aus Hlensburg,“ sagte er. „Du sprichst doch neulich davon, daß du den braunen Wallach verkaufen wolltest.“

„Ja.“ Jan war sofort bereit. Er zog seinen Sonntagsrock an, nahm die Tuchmütze und suchte den Stammraum des Wallachs aus der Schtulle heraus. Dann gingen die Männer.

„Was ist das?“ dachte Tine. „Weshalb will er den Wallach jetzt verkaufen? Das sollte doch erst zum Frühjahr geschehen. Was hat er vor?“

Unruhvoll stützte sie den Kopf in die Hand und grubelte.

Die Binnendeern räumte geräuschvoll und ungeschickt den Tisch ab. Tine blieb allein mit ihren Gedanken. Sie hörte die Mädchen in der Küche lachen, sie hörte das Klappern des Geschirrs; mechanisch langte sie nach dem Strickstrumpf. Da fiel ihr Blick auf die Schtulle, die sprang auf und traute ihren Augen nicht: der Schlüssel steckte drin. Jan hatte ihn als er den Stammraum des Wallachs herausnahm, hängen lassen.

Mit klopfendem Herzen drehte Tine den Schlüssel um; was würde sie finden? Dort in dem untersten Fach in der Ede pflegte Jan das Sperfassensbuch und die Quittungen aufzubewahren. Noch niemals hatte sie in diesen Fächern nachgeschaut. Jetzt tat sie es mit feierlicher Hast, als fürchte sie, daß er zurückkommen

würde und sie überraschen würde. Jetzt hatte sie den Brief gefunden, er war unverschlossen.

An wen war der Brief gerichtet? Sie trat mit dem Schreiben zur Lampe. Und plötzlich war es ihr, als mühte sie lachen, hell und laut lachen: Der Brief war ja an sie selbst gerichtet.

Sie las, und während sie las, fingen ihre Knie an zu zittern. Sie mußte sich setzen; schwer ließ sie sich in den ledergestülpten Stuhl nieder und las. Immer wieder, immer von vorne las sie ihn.

Der Brief lautete:

Meine liebe Tine!  
 Wenn dieser Brief in Deine Hände gelangt, bin ich weit von Dir entfernt. Du denkst wohl, ich bin böse auf Dich, aber das bin ich nicht. Ich bin bloß traurig, daß eine Frau so was von ihrem Mann denken kann. Nicht wegen Tat habe ich Dich gehätselt, sondern weil ich Mißleid mit Dir hatte. Erst wollte ich es nicht, ich dachte, es wäre genug, wenn ich für Dich sorgte, aber Du verstandest mich falsch, und da mochte ich Dich nicht von mir stoßen, wenn ich gleich eine andere lieb hätte, so wollte ich doch nicht, daß Du Dir ein Leid tatest. Du, liebe Tine, hast mich ja auch nicht aus Liebe geheiratet. Du tatest es, weil Du Dich vor der Schande fürchtest. Nun ist das alles vorbei, und das Beste ist, mir gehn wieder von einander. Ich kann mit dem besten Willen nicht mit einer Frau zusammenleben, die mich für einen Mörder angesehen hat, ich müßte verrückt werden, wenn ich noch länger mit ihr zusammenleben müßte. Aber ich jage Dich nicht davon, das kann und will ich nicht. Bleib Du hier und leb im Frieden. Der Hof bringt genug ein, daß Du gut davon leben kannst. Was ich für den Wallach und die Schweine bekomme, lasse ich Dir hier. Ich nehme das Geld von der Sparrasse und wandere aus nach Amerika, und der liebe Gott wird mir schon vorwärts helfen. Aber noch einmal muß ich Dir sagen: Ich bin kein Mörder, ja wahr mir Gott helfe, ich habe niemals“

Damit brach der Brief ab. Der Schluss fehlte. Als er das geschrieben hatte: „Ich bin kein Mörder, ja wahr mir Gott helfe“, da war Tine herangekommen und hatte ihn gefloht. Deshalb seine Verlegenheit, deshalb verstaubte er das Schreiben: Sie sollte es erst viel, viel später, vielleicht erst nach Wochen, erhalten, wenn er alles geordnet hatte und abgereist war.

Janer wieder las Tine: „Wenn dieser Brief in Deine Hände gelangt...“ Während sie mit dem Brief in der Hand dasaß und in die Lampe starrte, ward ihr plötzlich alles klar vor Augen; deutlich sah sie den Weg vor sich, den sie gehen mußte.

America! Nicht er mußte gehen, sondern sie. Er war schuldlos. Hatte sie sich nicht an ihn geklammert mit beiden Händen damals, als er gültig und liebevoll zu ihr war, als sie sich das

Leben nehmen wollte. Wie war ihr der Gedanke gekommen, daß sie keine Worte falsch gedeutet hätte. Jetzt war ihr alles klar: seine Zurückhaltung, sein ernstes, stilles Wesen. Er liebte ja eine andere. Frauke Steffens, die war es gewiß, die er liebte. Ach, warum war sie nicht so wie Frauke Steffens, so zart und hell, so frei und stolz.

„Ich bin man eine arme Dienstdaem.“ flüsterte sie.

Es war sehr gut von Jan gehandelt, daß er sie zur Frau nahm, sie, die niedrige Dienstdaem. Sollte er nun ihr wegen den Hof, der schon seinen Vorfahren gehörte, auf dem er groß geworden, der sein eigen war, verlassen?

Nein, das wäre ja Sünde und Schande.

Sollte sie noch länger das Brot des Mannes essen, dem sie sich als eine Klette angehängt, den sie schwer getränkt hatte.

Nein, das wäre Schmach!

Sie mußte gehen. Jetzt mußte sie den Weg; willig wollte sie ihn gehen, das sollte ihre Aufgabe sein.

Jugendlein Geräusch im Hause, das Herunterfallen eines Gegenstandes, ließ Tine auffahren. Sie legte den Brief rasch in die Schtulle zurück, wo er gelegen; dann sah sie allein und suchte ihre Gedanken zu sammeln.

Nach einer kleinen Weile kamen die Mädchen mit ihren Strickstrümpfen herein, und der Amsch setzte sich auf die Dienbank und rauchte seine Pfeife. Das waren für Tine ein paar qualvolle Stunden; sie schlich langsam vorüber. Um neun Uhr kam der Hausherr zurück; da begab sich das Gefinde zur Ruhe. Auch Tine suchte ihr Bett auf. Jan klopfte sich noch eine Pfeife und hielt noch einmal im Hause Nachschau. Vorher zog er den Schlüssel aus der Schtulle ab.

Als er nach einer Viertelstunde wieder hereinkam, schlief Tine anheimelnd fest, und ohne Gutenachtgruß suchte auch er sein Lager auf.

In den nun folgenden Tagen entwickelte Tine im geheimen eine rastlose Tätigkeit. Sie ging auf den Boden und stöberte in der alten Lade herum, die noch ihre Sachen aus den Dienstjahren enthielt, sie packte, ordnete und studierte den Fahrplan der Eisenbahn, der allwöchentlich in der Zeitung stand.

Sie wurde nicht müde, den weilkäufigen Bericht der Milchfundschaff anzuhören und maß oft ein, trotz des Stimmungszeichens der Großdaem. Sie fragte Heiterliche nebenbei, wie es ihrer Wille in Amerika ginge, und wie die Wille es denn gemacht hätte, dort hinüberzukommen. Sie wurde nicht müde, den weilkäufigen Bericht der Alten anzuhören.

Fortsetzung folgt.

**Hotels, Restaurants, Cafes, Vergnügungen**

**Hotel Viktoria** Fernruf 452. Gegenüber dem Bahnhof.

**Hotel International** Neues Haus am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

**Hotel Stadt Hamburg** Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

**Gewerkschaftshaus** Johannisstraße. Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

**Stadthallen-Restaurant** F. 896. Täglich Künstler-Konzert. Sonntags vornehmes Kränzchen. C. Hanschen.

**Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser** Inh. Aug. Brack Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Strßbahnlinie 3.

**Theater-Restaurant u. Café** Fühnsen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

**Bodega Weinstuben** F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Gissenberg. Gemüß, Aufenthalt.

**Rathaushalle** Tägl. von 5-1 Uhr Künstlerkonzert. Billards. W. Bruhn.

**Stadthallen — Weißer Saal** Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr.

**Stadt-Café** Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferck.

**Café Viktoria** Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

**„Opera“** 8 Uhr abends.

**Café Roland** Tägl. Künstler-Konzert

**Café Bernhardt** Fackenburg Allee 4. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

**Nansa-Café** Inh. G. Spieker Wwe. Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

**Neues Lichtspiel-Theater** Fernruf 865. Breite Straße 13. Erste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ansehnlichsten Programme. Anfang 8 Uhr. Schluß 11 Uhr.

**Tusculum** Fischstraße 4. Bar im Weinstuben. Dezent Musik.

**Gerhard Tschorn** Speisekasino. Johannisstr. 3

**Julius Stammer** Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

**Hodermanns Konditorei** Täglich Konzert.

**Uhren, Goldwaren und Musik**

**C. Porté** Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf feinerster Trauringe. Fleischhauerstr. 26. Breite Str. 23.

**Ludwig Zander** Juwelier u. Goldschmied. Fernruf 5723. Marlesgrube 4.

**Lorenz Behnfeldt** Pfaffenstraße 8. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

**Rudolph Wiese** Goldschmied. Breite Straße 49. Gold-, Silberwaren, Versilb., Alpacca-, Nickelwaren.

**Hallers Musikhaus** Lübeck. Markt 3.

**Meyer & Eggert** Fernruf 242. Königstraße 11b. Musikinstrumente.

**Musikhaus Fr. Dietrich & Co.** Musikinstrumente, Bestandteile, Noten jeglicher Art. Saiten. Beckergrube 27.

**Musik-Ernt Robert** Instrumente, Laute, Gitarren, Mandolinen usw. Breite Straße 29. Fernr. 5750.

**Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Ehlers & Reetwisch** St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

**Schuhhaus Zentrum** Inh.: W. Ludwig, Marktwiete 2.

**Musikhaus Jaki** Musikalien aller Art. Marktwiete 2.

**Grabsteine J. G. Rechtgläub Ndlg.** Israelsdorfer Allee 17. u. 34. Fernsprecher 8197. Größte Auswahl am Platze. Billige Preise.

**Restaurant Spaßvogel** Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202. Gemüthlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-Konzert.

**Schweizerhaus** Israelsdorfer Allee. Fernruf 2394. Restaurant, Café, Konditorei.

**Trocadero** Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 5 Uhr. Weberus-Stimmungs-Konzerte.

**Fledermaus** Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Schenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

**Schuhwarenhaus W. Blumenthal** Kohlmarkt 1. Sandstraße 2-4.

**Uhren-Voss** Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8393.

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg				Rüchen				Eutin				Travemünde			
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Rüchen	Lübeck	Eutin	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde	Travemünde	Lübeck		
5:45	7:30	8:55	7:15	8:00	8:00	6:04	7:45	7:15	8:12	6:15	7:22	5:22W	6:01		
7:45W	8:50	7:05	8:45	1:00	2:45	11:45	1:00	9:45*	10:45	8:45	9:15	8:15	9:00		
9:55D	10:30	8:55D	9:45	4:45	5:30	5:30	4:45	12:15	1:00	12:24*	1:15	9:45W	10:11		
11:05	12:30	9:55D	10:30	5:45	6:30	6:30	4:45	1:45D	2:30	3:15D	4:15	10:20	10:41		
1:05	2:30	10:55	11:45	6:45	7:30	7:30	8:45	2:00	2:30	3:15	3:45	10:40	11:15		
3:45	5:00	12:25	1:15	7:45	8:30	8:30	9:45	3:00	3:30	4:15	4:45	11:00	11:35		
4:45	5:30	1:05	1:45	8:45	9:30	9:30	10:45	4:00	4:30	5:15	5:45	11:20	11:55		
7:15D	8:30	3:00	3:45	9:45	10:30	10:30	11:45	5:00	5:30	6:15	6:45	11:40	12:15		
7:25	8:15	3:55	4:45	10:45	11:30	11:30	12:45	6:00	6:30	7:15	7:45	12:00	12:35		
8:25D	9:15	4:55	5:45	11:45	12:30	12:30	1:45	7:00	7:30	8:15	8:45	12:20	12:55		
9:25	10:15	5:55	6:45	12:45	1:30	1:30	2:45	8:00	8:30	9:15	9:45	12:40	1:15		
9:35	11:15	6:55	7:45	1:45	2:30	2:30	3:45	9:00	9:30	10:15	10:45	1:00	1:35		
10:35	11:45	7:55	8:45	2:45	3:30	3:30	4:45	10:00	10:30	11:15	11:45	1:20	1:55		
11:35	12:45	8:55	9:45	3:45	4:30	4:30	5:45	11:00	11:30	12:15	12:45	1:40	2:15		
12:35	1:45	9:55	10:45	4:45	5:30	5:30	6:45	12:00	12:30	1:15	1:45	2:00	2:35		
1:35	2:45	10:55	11:45	5:45	6:30	6:30	7:45	1:00	1:30	2:15	2:45	2:20	2:55		
2:35	3:45	11:55	12:45	6:45	7:30	7:30	8:45	2:00	2:30	3:15	3:45	3:00	3:35		
3:35	4:45	12:55	1:45	7:45	8:30	8:30	9:45	3:00	3:30	4:15	4:45	4:00	4:35		
4:35	5:45	1:55	2:45	8:45	9:30	9:30	10:45	4:00	4:30	5:15	5:45	5:00	5:35		
5:35	6:45	2:55	3:45	9:45	10:30	10:30	11:45	5:00	5:30	6:15	6:45	6:00	6:35		
6:35	7:45	3:55	4:45	10:45	11:30	11:30	12:45	6:00	6:30	7:15	7:45	7:00	7:35		
7:35	8:45	4:55	5:45	11:45	12:30	12:30	1:45	7:00	7:30	8:15	8:45	8:00	8:35		
8:35	9:45	5:55	6:45	12:45	1:30	1:30	2:45	8:00	8:30	9:15	9:45	9:00	9:35		
9:35	10:45	6:55	7:45	1:45	2:30	2:30	3:45	9:00	9:30	10:15	10:45	10:00	10:35		
10:35	11:45	7:55	8:45	2:45	3:30	3:30	4:45	10:00	10:30	11:15	11:45	11:00	11:35		
11:35	12:45	8:55	9:45	3:45	4:30	4:30	5:45	11:00	11:30	12:15	12:45	12:00	12:35		
12:35	1:45	9:55	10:45	4:45	5:30	5:30	6:45	12:00	12:30	1:15	1:45	12:20	12:55		
1:35	2:45	10:55	11:45	5:45	6:30	6:30	7:45	1:00	1:30	2:15	2:45	1:00	1:35		
2:35	3:45	11:55	12:45	6:45	7:30	7:30	8:45	2:00	2:30	3:15	3:45	2:00	2:35		
3:35	4:45	12:55	1:45	7:45	8:30	8:30	9:45	3:00	3:30	4:15	4:45	3:00	3:35		
4:35	5:45	1:55	2:45	8:45	9:30	9:30	10:45	4:00	4:30	5:15	5:45	4:00	4:35		
5:35	6:45	2:55	3:45	9:45	10:30	10:30	11:45	5:00	5:30	6:15	6:45	5:00	5:35		
6:35	7:45	3:55	4:45	10:45	11:30	11:30	12:45	6:00	6:30	7:15	7:45	6:00	6:35		
7:35	8:45	4:55	5:45	11:45	12:30	12:30	1:45	7:00	7:30	8:15	8:45	7:00	7:35		
8:35	9:45	5:55	6:45	12:45	1:30	1:30	2:45	8:00	8:30	9:15	9:45	8:00	8:35		
9:35	10:45	6:55	7:45	1:45	2:30	2:30	3:45	9:00	9:30	10:15	10:45	9:00	9:35		
10:35	11:45	7:55	8:45	2:45	3:30	3:30	4:45	10:00	10:30	11:15	11:45	10:00	10:35		
11:35	12:45	8:55	9:45	3:45	4:30	4:30	5:45	11:00	11:30	12:15	12:45	11:00	11:35		
12:35	1:45	9:55	10:45	4:45	5:30	5:30	6:45	12:00	12:30	1:15	1:45	12:00	12:35		

**Markmann & Meyer** Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleingang Breite Straße.

**H. E. Koch Möbelhäuser** Ausstellungsräume. — Fernruf 1050. Inh.: Carl Peters & Rudolf Neels. Marlesgrube 45, 40.

**Georg Petersen** Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

**Walter Büttner** Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

**Auto-Eschen** Fernruf 1894.

**Possehl's Kohlenhandel**

Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 62  
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.

**Koks • Kohlen • Briketts**  
Alleinvertrieb der Lübecker Gaskoks.

**Max Boye** Holz-, Kohlen- und Holzkohlen-Lager. Täglicher Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 841.

**Adolf Borgfeld, Lübeck** Inh. Herrmann Kubli. Oefen, Herde, Grudeherde, Gaskocher. Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

**Spanetti**  
Milch-Schokolade  
Schweizer Art.

**Restaurant Zum Stadtpark** Sonntags Familienkränzchen.

**Lebensmittel und Drogen**

**L. Doepfer** Fernruf 8915. Königstr. 75. Kaffee- und Großbäckerei und Kolonialwaren.

Reserviert für **J. G. Nederegger** Marzipan.

**Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck** J. C. D. Jung & Co. Verkaufsstellen überall.

**Hansa-Meierei** Fackenburg Allee 59a und b. Fernruf 281/557.

**Rostocker Butterhandlung** Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

**Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck** Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter- und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

**Aland Beck- u. Bierwurst.**

**Erich Helm** Wurstfabrik. Fleischhauerstraße 54.

**Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen** W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

**Fischversandhaus „Möwe“** Alfr. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6. Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

**Heinrich Prümm** Fernruf 651. Wahnstr. 21. Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

**Ludw. Budk** Fernruf 3734. Breite Straße 96. Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

**C. Klein** Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4. Delikatessen — Fettwaren.

**O. Schröder**, Balauerföhr 17, Spezialgesch. für Herren- u. Damenkleidung, sowie Schuhwaren

Reserviert für **Janssen Delikatessen** Beckergrube 7.

**Spehmann & Fischer** Kartoffeln, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

**Fr. R. Muuß** Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25.

**C. F. Alm** Holstenstraße 12. Fernruf 300. Farben, Drogen, Chemikalien.

**Diana-Drogerie** Paul Stammer. F. 8644. Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

**Ferd. Kayser** Drogerie. Breite Straße 81.

**Lübecker Central-Brotfabrik** R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22.

**Ed. Teuteberg** Lederhandlung. Untertrave 67.

**Auguste Popp** Schuhwarenhaus. Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

**Friedrich Baurenleind** Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

**Wilh. Ewert**, Schuhwaren. Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

**Chr. Rebien** Schwöneckenerstraße 25. Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

**Karl Brandt**, Schuhwaren. Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerföhr 4.

**B. Dittmer**, Fühnsen 7. Schuhreparaturwerkstätte. Maßanfertigung.

**Carl Hans Kühl** Fernruf 2988. Mühlenstraße 42. Leder- und Schuhmacherbedarfsgeschäft.

**Alexander Krock**, Königstr. 47, b. d. Johannisstr. Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

**F. Fränkel**  
Breite Straße 35 und Holstenstraße 4.  
Billigste Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln.

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 13. Dezember.

### Die deutsche Notgemeinschaft und die Kommunisten.

In der gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte am 4. ds. Mts. wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, für die Monate Dezember und Januar je einen Stundenlohn für die Notgemeinschaft abzuführen. Der Widerstand und die Bedenken gegen diese Sammlung von den Kommunisten war ein sehr schwacher, daß man glauben konnte, sie hätten einen Auftrag zu erledigen, der gegen ihre innere Überzeugung wäre. Vor allem die Ausführungen der Vertreter der Arbeitssinnlichen und Sozialrentner haben dazu geführt, den Kommunisten das Mundwort zum Stillstand zu bringen. Sprachen doch Leute, die jeden Tag die Not am eigenen Leibe verspüren und die von den segensreichen Wirkungen wohltätiger Kreise aller Bevölkerungsschichten aus Erfahrung berichten konnten. Alle diese Tatsachen hindern aber die „Volksmacht“ nicht, sich von Lübeck melden zu lassen, daß erstens der oben angeführte Beschluß nur mit geringer Mehrheit gefaßt sei, und zweitens findet der Berichterstatter der Volksmacht den kühnen Mut, die Arbeitnehmererschaft von der Beteiligung an der Sammlung abzurufen.

Es ist eigentlich beschämend, daß wir in Arbeitnehmerkreisen, trotz der ersten Situation, immer noch Zeit finden, uns in Meinungsverwirrlichkeiten zu ergehen. Doppelt beschämend aber ist es, daß irgend ein geistig beschränkter Mensch den traurigen Mut findet, gegen eine solche Fürsorgeleistung seine Stimme zu erheben, obgleich ihm bekannt sein muß, daß die Hilfe der Arbeitnehmer bei der unzureichenden Entlohnung niemals eine wirkliche Hilfe werden kann, weil sie die Mittel, die nötig sind, nicht aufbringen können. Es geht wohl über das Begriffs- und Denkvermögen dieses Berichterstatters hinaus, einmal die Frage zu prüfen, ob denn nicht wenigstens auf dem Gebiet der Wohltätigkeit die Scheidung des deutschen Volkes in Arbeiterklasse und Bürgertum unterbleiben kann. Doch hierüber mit einem Kommunisten zu streiten ist müßig, aber wenn Ihr nun schon gegen die Sammlung seid, so haltet im Interesse der Notleidenden, die sehr oft Euren Kreisen nahestehe, in diesem Augenblick den Mund. Ich kann nicht glauben, daß irgend ein Mensch, und wenn er auch Kommunist ist, durch ein verantwortungsloses Benehmen, die Hilfe, die allen in Not Befindlichen gegeben wird, gleichviel ob SPD, oder sonstwas, vereiteln könnte. Glaubt Ihr, daß ein junger Mann, auch wenn er einem Kommunisten gehört, danach fragt, ob ein Brot, das ihn fast machen kann, von einem Angehörigen des Bürgertums oder der Arbeiterklasse kommt? Wo, wenn Ihr, Genossen der SPD, nun schon nicht für die Notgemeinschaft seid, so enthaltet Euch im Interesse der Hungrigen, der Notleidenden aller Kreise der Bevölkerung, doch wenigstens der Arbeitssinnlichen. Noch eines, verehrter Berichterstatter der Volksmacht, wenn nun auch Schwierigkeiten für Dich vorhanden sind, die Wahrheit zu schreiben, so läse doch nicht so leicht. Selbst Deine Genossen, soweit sie denken, glauben es ja nicht, den Beweis kann ich Dir bringen.

Noch ein Wort zu der Mitteilung, daß die Belegschaft des Travewerks eine Beteiligung an der Sammlung ablehnt. Nehmt den Mund doch nicht immer so voll. Ihr wisst Euch aus, wenn von 400 Mann Belegschaft 50-60 einem Antrag der SPD zustimmen, im Namen der Belegschaft zu sprechen. Laßt Euch nicht auslachen. Ihr seid „Generale“ ohne Soldaten und das Mandat soll über alle Widerstände zwischen Euren Reden, Handlungen und wirklicher Macht hinwegtäuschen. Glaubt doch dem Spieß nicht. Euch nimmt keiner mehr ernst. Dem B.R. des Travewerks sei aber noch folgendes gesagt: Anlässlich der Sachverständigen über die vorliegende Betriebsräteversammlung vor der Belegschaft, worüber in der Volkskraft geschrieben wurde, ersuchte ich ihn, mir Gelegenheit zur Klärung der Sache vor der Belegschaft zu geben. Der B.R. hat auf mein Schreiben nichts mehr hören lassen. So feige ist er, daß er fürchtet, wenn die Belegschaft mich hören würde, seine Felle fortzukommen. Doch genug davon! Wer Euch noch ernst nimmt, dem ist nicht zu helfen: ich habe nur noch Mitleid mit Euch als Opfer gewissenloser Menschen. Betreffs der Notgemeinschaft aber rate ich Euch, so zu verfahren, wie ich weiter oben befohlen habe.

Nicht um Euren Willen, nicht um meinen Willen, sondern um der hungrigen und notleidenden Kreise willen, die von uns allen Hilfe erwarten. Die Zahl dieser Verkommen ist fast an die 10 000 heran. Erkennt, was dazu nötig ist, um sie nur fast für diesen Winter zu machen. H. Fr. Dreger.

### Bezirkskonferenz der Gewerkschaften.

(Bezirk 11 des NSGB.)

Am Sonntag, dem 10. Dezember, fand in Lübeck eine Bezirkskonferenz der Gewerkschaften der nordischen Wasserlande statt. In der 39 Ortsausschüsse durch 58 Delegierte vertreten waren. Es handelte sich um die Neuschaffung der Bezirksorganisation auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses. Zu einem einheitlichen Bezirk zusammengefaßt werden sollen: Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, das lübeckische Gebiet und beide Mecklenburg. Genosse Schulze vom Bundesvorstand hielt das einleitende Referat und wies auf die Notwendigkeit der Schaffung der geplanten Bezirksorganisation hin. Die Aufgaben der Gewerkschaften haben gegenüber der Vorkriegszeit derzeit an Umfang zugenommen und die verantwortliche Tätigkeit der Gewerkschaften sei derartig gewachsen, daß der Bundesverband allein nicht mehr in der Lage sei, die Arbeit in den circa 1800 bestehenden Ortsausschüssen in Deutschland so durchzuführen, wie es im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt. Notwendig sei auch einheitliches Handeln und einheitliche Stellungnahme zu den verschiedensten Wirtschafts- und Gesetzesfragen. Besonders die zu erwartenden Bezirkswirtschaftsräte machen die Schaffung des neuen Bezirks notwendig. Die Aussprache war recht lebhaft, bewegte sich aber in den Bahnen strenger Sachlichkeit und der Anerkennung der neuen Organisation. Es wird beschlossen: 1. die neue Bezirksorganisation nach den Richtlinien der Bundesorganisation und den Vorschlägen des Bundesausschusses zu errichten; 2. den Beitrag auf pro Mitglied und Quartal 2 Mk. festzusetzen und 3. die zu beauftragende Sekretärstelle im Korrespondenzblatt auszufüllen. Der Sitz des neuen Bezirks ist Hamburg. In den Bezirksausschluß wurden gewählt: Ehrenreit, Götene-Hamburg, Dreger-Lübeck, Ehlers-Kiel, Klamm-Hamburg, Müller-Rostock.

### Miete-Erhöhung zum 1. Januar 1923.

20fache Friedensmiete.

Seit dem Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes ist eine außerordentliche Steigerung der Betriebs- und Instandhaltungskosten des Hausbesitzers eingetreten. Allein die Bauhandwerkerlöhne sind mindestens auf das 8fache gestiegen, die Materialpreise noch erheblich mehr. Um die Häuser nicht verfallen zu lassen, müssen die Mieten entsprechend erhöht werden. Durch Senatsverordnung sind dem auch die Zuschläge zur Grund-

miete nach dem Reichsmietengesetz erheblich, im Durchschnitt auf das 8fache erhöht worden, so daß ab 1. Januar 1923 die gesetzliche Wohnungsmiete etwa das 18fache der Friedensmiete betragen wird. Dazu kommt noch der Anteil des Mieters an den öffentlichen Abgaben, der einschließlich Wohnungsbauabgabe ungefähr das 20fache der Friedensmiete ausmachen wird (in Häusern mit Wassermessern kann dieser Betrag durch partiarischen Wasserverbrauch erheblich herabgesetzt werden). Seit Erlass der Senatsverordnung sind in den letzten Tagen die Bauarbeiterlöhne schon wieder gestiegen und mit weiteren Steigerungen ist zu rechnen. Die Hausbesitzer werden daher gut tun, die Instandhaltungsarbeiten möglichst jetzt schon in Auftrag zu geben, damit sie sich nicht noch mehr verteuern. Sie können ja mit dem Eingang der höheren Mieten am 1. Januar 1923 ohne weiteres rechnen. — Neben den allgemeinen Zuschlägen ist auch der Zuschlag, der dem Hauswirt für Untervermietung zu zahlen ist, verdoppelt. Der Zuschlag für Räume, die nicht zu Wohnzwecken verwandt sind, ist verdreifacht; aber für Betriebe, die nicht der Gewerbebetriebe unterliegen (Anwaltsbüros, Praxisküchen der Ärzte, gemeinnützige Einrichtungen usw.) nur verdoppelt. — Endlich sieht die Verordnung vor, daß das Einigungsamt bei der Umlegung der öffentlichen Abgaben auf die Bewohner des Hauses, die regelmäßig im Verhältnis der Grundmiete zu erlegen hat, eine andere Verteilung vornehmen kann, wenn sich sonst eine grobe Unbilligkeit ergeben würde. Das gilt besonders für Fälle, wo durch die Eigenart eines Betriebes im Hause ganz besonders hohe Abgaben entstehen, z. B. durch die Feuergefährlichkeit einer Zimmereiwerkstatt, eine besonders hohe Feuerversicherungsprämie oder durch den Betrieb einer Wäscherei in besonders hohen Wasserpreisen. In diesen Fällen kann der Mieter, der dem Hause dadurch erwächst, nunmehr dem betreffenden Betrieb allein auferlegt werden.

Das ist in unserer bestverformten Zeit ein recht betrübliches Neujahrsgeschehen. Die Frage ist allerdings am Platze, ob es notwendig war, die Werkskosten des Hausbesitzers auf den Betrag der fünfjähriglichen Friedensmiete hinaufzuführen. Hier liegt wohl ein Entgegenkommen an die Hausbesitzer für die Einkassierung der übrigen Abgaben vor.

Die Mietererhöhung wird in dem obigen amtlichen Schriftbild insbesondere mit der Verteuerung der Reparaturkosten begründet. Ob die gewaltigen Mehreinnahmen zu diesem Zweck verwandt werden, das ist noch sehr die Frage. Den Mietern kann nur dringend angeraten werden, aufzupassen, daß die hierfür angelegten Beträge auch für diesen Zweck verwandt werden.

So bedauerlich es ist, über die Laische kommen wir nicht hinweg, daß sich die Geldentwertung auch bei den Mieten auswirkt. Das eine aber steht fest: würde es nach dem Wunsch vieler Hausbesitzer gehen und der Wohnungswirtschaft freie Bahn lassen, dann hätten wir mit Mietern zu rechnen, gegen welche die uns jetzt bevorstehenden ein Kinderpiel wären.

### Die Umgestaltung der städtischen Betriebe.

In der Sitzung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik referierte Herr Direktor Henckes-Lübeck über obiges Thema. Er führte u. a. aus: Aus der Entwicklungsgeschichte der Werke ist festzustellen, daß bei der Uebernahme an die Städte ihre Verwaltung in die damals bereits bestehende Kommunal-Verwaltungsform gekehrt wurde, ohne daß diese bestehende Form Rücksicht auf die Eigentümlichkeiten der Werke nehmen konnte. Der Fehler wurde in der Vorkriegszeit schon von Fachleuten erkannt, wenn er auch nicht so klar bei den damals günstigen Verhältnissen hervortrat. Nunmehr ist jedoch die Frage der Verwirklichung der Werke durch die Verhältnisse aus anderen Gründen zwingend geworden.

Als erster Grund wäre zu nennen: wirtschaftlich geleitete Werke haben ihre Angelegenheiten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszuwählen und zu besorgen, auf sie paßt eine Befolgsordnung mit ihrem Zwange, wie sie jetzt heute notwendig ist, nicht. Die heutigen Verhältnisse erfordern Höchstleistungen und diese werden nicht möglich sein, wenn die letzte Entscheidung über entstehende Fragen bei einem Kreise von Personen liegt, der nicht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus berufen ist. Die zweite Forderung muß daher sein, daß nur Persönlichkeiten, welche fest im Wirtschaftsleben stehen und nur von wirtschaftlichen Momenten sich leiten lassen, den letzten Entscheid bei Entschlüssen über die Werke haben.

Der dritte heute für die Verwirklichung sprechende Grund ist die so ungeheuer ernste Frage der Finanzwirtschaft, nämlich die richtige Tarifbildung, die Feststellung der möglichen abzuführenden Ueberflüsse, und der notwendigen Rückstellungen sowie die Beschaffung neuen Kapitals. Die Erfahrungen zeigen uns, daß bei diesen Fragen heute bei rein kommunaler Verwaltung nicht immer wirtschaftlich gearbeitet werden ist und zweitens wird endlich die Frage zu stellen sein, ob die Kommunen in der Zukunft das notwendige Kapital werden beschaffen können.

Die Wege, welche zurzeit versucht werden, bestehen darin, daß man die Werke in eine Art öffentlichen Rechts oder in eine Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandelt, an der nur kommunales Geld beteiligt ist, oder man geht weiter, zieht Brückkapital mit heran und gründet sodann Anstalten privaten Rechts, wie sie die Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung darstellen. Eine Sonderform der letzten Unternehmungen ist die von Herrn Oberbaudirektor Hest entworfene Form der Zwillinggesellschaft, welche nach ihrer ganzen Zusammensetzung dafür steht, kommunale Einflüsse zu berücksichtigen, aber an den wirtschaftlichen Fragen nur wirtschaftliche Gründe entscheiden zu lassen. Die Frage, welche Form die richtige ist, wird heute noch heißumstritten. Nach Ansicht namhafter Fachleute bildet auch die Umgestaltung von kommunalen Betriebswerken in Formen öffentlichen oder privaten Rechts mit nur kommunalem Kapital nicht die einwandfreie Lösung.

Weiter hielten von Lübeck Herren Vortragende Baudirektor Salfer über die Durchführung der Denkmalspflege und Oberregierungsrat Dr. Stork über die Durchführung des Reichs-Industrie- und Gewerbevertrages unter Berücksichtigung der Finanznot der Kommunen. Raumangel hindert uns näher-darauf einzugehen.

### Schwurgericht.

gi. Am Dienstag hatte sich der Meister Johann Jöbden wegen Aufforderung zum Verbrechen, Diebstahls und Mordes zu verantworten. Der Angeklagte ist 1901 in Westfalen geboren, und wegen Diebstahls verurteilt. Im Frühjahr d. J. ist er bei dem Landmann Röhding in Gr. Wandsdorf eingebrochen und hat Korn gestohlen, dieses verkauft und von dem Erlös keine Braut unterfaßt, die von ihm schwanger war. Einen Monat vor der Geburt soll der Angeklagte eine Frau aufgefordert haben, seiner Braut Mittel zu geben, um die Schwangerschaft zu befestigen. Am 29. Mai wurde nun der Angeklagte von seiner Braut gerufen, zu dieser ins Zimmer zu kommen, wo gleich darauf das Kind geboren wurde. J. hat dann eine Säuer aus der Tasche gezogen, sie dem neugeborenen Kinde um den Hals gelegt und

zugezogen. Die Leiche hat er in eine Tasche gepackt, am selben Abend ein Boot gemietet und sie mit der Leiche unter einer Brücke im Kanal versenkt. Der Angeklagte hatte bereits ein uneheliches Kind mit seiner Braut und will aus Angst vor neuen Koffen die Tat begangen haben. Er will erst wieder zum Bewußtsein gekommen sein, als er die Leiche mit der Leiche auf den Fluß herausgestellt hat. Prof. Dr. Wattenberg hat den Angeklagten 6 Wochen in der Heilanstalt beobachtet und stellt in seinem Gutachten fest, daß der Angeklagte aus einer sehr belasteten Familie stammt; daß er zwar nicht geisteskrank, aber geistig minderwertig ist. Der Staatsanwalt bittet, die Frage des vorläufigen Mordes zu betonen, die Frage nach Ueberlegung zu verneinen, dem Angeklagten aber mildernde Umstände nicht zuzubilligen, worum der Verteidiger bittet. Die Geschworenen betonen die Fragen nach Diebstahl, vorläufigem Mord und Aufforderung zum Verbrechen, verneinen die Frage nach überlegtem Mord und betonen die Frage nach mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragt 4 Jahre 4 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilt den Angeklagten zu einer Gesamtrafe von 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis, 4 Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

Die zweite Sache betraf eine Anklage gegen die Ehefrau Menzel wegen Abtreibung der Leibesfrucht. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Es waren zwei Zeugen geladen, das Mädchen, bei der die Abtreibung gemacht ist und eine Frau, in deren Wohnung die Sache betrieben wurde. Beide Zeugen sind schon von der Strafkammer zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Da die Angeklagte geständig ist, handelt es sich für die Geschworenen um die Frage, ob die Angeklagte es gegen Entgelt getan hat. Sie hatte 100 Mk. dafür bekommen, ohne etwas zu fordern. Der Verteidiger plädiert eindringlich für einfache Abtreibung, um die Angeklagte vor Zuchthaus zu bewahren. Der Spruch der Geschworenen lautet: Schuldig der einfachen Abtreibung, mildernde Umstände sind zu verneinen. Beantragt wird ein Jahr Zuchthaus. Das Urteil lautet wie beantragt.

Die Reichsanstalten kaufen zurzeit bis auf weiteres zu folgenden Preisen Silbermünzen an: Marksilber: 600 Mark für das Stück; alte Taler: 1900 Mark für das Stück. Sämtliche Postanstalten vermitteln den Silbermünzen-Ankauf.

Kommunalpolitiker sichern sich prompte Zustellung der von Januar ab statt der „Kommunalen Praxis“ und „Sozialistischen Gemeinde“ im Vorwärts-Verlage, Berlin SW. 68, erscheinenden „Gemeindepolitik“ durch rechtzeitige Bestellung dieser neuen Monatschrift bei ihrem Postamt. Von den bisherigen Abonnenten der „Kommunalen Praxis“ und „Sozialistischen Gemeinde“ haben nur diejenigen, welche ihre Abonnements bisher direkt beim Postamt oder Briefträger selbst bezahlten, nunmehr das Abonnement auf der „Gemeindepolitik“ bei denselben Stellen zu beantragen, die sonstigen bisherigen Abonnenten der „Kommunalen Praxis“ und „Sozialistischen Gemeinde“ erhalten die neue Zeitschrift „Gemeindepolitik“ ohne weiteres anstatt der früheren Zeitschriften zugeleitet.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Bürgerchaftsaktion! Freitag abend 6 Uhr, Sitzung im Rathaus.

Arbeiter-Fund, Abt. Stadt und S. Süd. Der angeklagte Vortrag von Ing. Dr. Wodrig fällt aus. Das Heim bleibt wie sonst geöffnet.

Stadttheater. Donnerstag: Strindbergs Liebesmärchen Schwanenweiß. Freitag: Wiederholung von Kleists Penthesilea. In Vorbereitung befindet sich für die Weihnachtstage Mozarts Don Juan, Meisterfinger von Rich. Wagner; für Silvester: Lumpaci vagabundus oder das lieberliche Kleeblatt.

Gegen die Bergewaltung der Rheinlande findet am Sonntag vormittag 11 Uhr in der Stadthalle eine öffentliche Versammlung statt. Der Eintritt ist frei.

### Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Heute abend 7 Uhr wichtige Stadtratsitzung. Erscheinen ist dringend erforderlich.

### Aus aller Welt.

Doppelmord. Wie aus Berlinchen in der Neumark gemeldet wird, ist in Neu-Ruwen ein Doppelmord begangen worden. Bei dem Besitzer Endow erschien ein Verwandter, ein 20jähriger junger Mann, und verlangte ein Darlehen, das ihm aber abgelehnt wurde. Man bewirtete ihn jedoch. Als Endow den Gast mit der Frau allein ließ, erschloß dieser zunächst der Frau und darauf auch den eintretenden Mann. Das Dienstmädchen konnte fliehen. Der Mörder ist dann entkommen.

Das Grab Heinrich Heines. Vor zwanzig Jahren, aus Anlaß des hundertsten Geburtstages Heinrich Heines habe die „Frankfurter Zeitung“ eine Sammlung veranstaltet, aus deren Erträgen dauernd ein Blumenfundus auf dem Dichtergabe im Friedhof Montmartre unterhalten wurde. Die Pariser Gärtnerfirma Desclers hatte es übernommen, für die feste Erziehung der Blumen zu sorgen, und seit zwei Jahrzehnten sich der Aufgabe gewidmet. Der Krieg unterbrach die Verbindungen. Die fürchtbare Marktentwertung hat es nun der „Frankf. Zeitung“ unmöglich gemacht, den Frankenbetrag der erwachsenden Kosten aufzubringen. Sie legte der Gärtnerfirma die Lage auseinander und erhielt darauf folgenden Brief:

„Wir verstehen vollkommen, daß die gegenwärtige Lage für alle Welt unglücklich ist. Während des Krieges haben wir das Grab des großen Dichters stets unterhalten, und wir haben auch Ihrer Bitte entsprechend die Absicht, nicht damit aufzuhören. Wie in der Vergangenheit werden wir das Grab pflegen, und wenn die Lage sich wiederherstellt, wie es sich gehört, dann werden Sie unsere Schuldner sein; wenn im Gegenteil die Lage nicht wiederhergestellt wird, dann schulden Sie uns nichts.“

Die „Frankf. Zeitung“ begnügt sich, den Wortlaut in deutscher Uebersetzung zu veröffentlichen. Er spricht in seiner schönen Einfachheit für sich selbst.

### Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und ausgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

Das Metall der Toten. Roman von Concha Espina. Verlag von W. J. Märlins, Berlin. Ohne diese Gräßlichkeit wird kein deutscher Leser dieses Buch beiseite legen. Mit ganz seltener Kühnheit versucht diese realistische spanische Schriftstellerin ein Stück aus dem kapitalistischen Zeitalter vor der Welt

